

Frankfurt, 10. September 2014

Mieterbund und Verbände der Wohnungswirtschaft schlagen Alarm im Landtag:

Verzehnfachung der Wohnungsbauförderung erforderlich

- **Gesetzesdiskussion im Landtag im „luftleeren Raum“**
- **Rückgang der Sozialwohnungen kompensieren**
- **Deutliche Anhebung der Einkommensgrenzen**
- **Stopp bei den energetischen Anforderungen**
- **Förderung des altersgerechten Wohnens „ein schlechter Witz“**

Die Politik diskutiert über eine Wohnungsnot in den Städten. Insbesondere der bezahlbare Wohnraum wird immer knapper. Alleine in Hessen gehen pro Jahr durch Auslaufen der Bindungen 3000-4000 Sozialwohnungen verloren. Gleichzeitig steigt der Bedarf. Selbst Haushalte mit mittleren Einkommen können sich Mietwohnungen in den Großstädten im Rhein-Main-Gebiet nicht mehr leisten.

Zwölf Verbände gründen Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“

Insgesamt zwölf Verbände aus Wohnungs- und Bauwirtschaft, der Architekten und Ingenieure sowie der hessische Mieterbund haben sich deshalb zu der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ zusammengeschlossen, um ihren gemeinsamen Forderungen in der Politik mehr Gehör zu verschaffen. Anlässlich der am 11. September im hessischen Landtag erfolgenden Anhörung zu einer Novellierung des hessischen Wohnraumförderungsgesetzes erläuterten Vertreter der Verbändeinitiative vor Medienvertretern in Wiesbaden die aktuelle Wohnungsmarktsituation und ihre Forderungen.

Frankfurt, 10. September 2014

Gesetz ohne Fördervolumen im „luftleeren Raum“

„Wir sehen eine enorme Lücke zwischen politischen Lippenbekenntnissen zur Notwendigkeit von mehr bezahlbarem Wohnraum und der politischen Bereitschaft zum Handeln“, erläuterte Dr. Rudolf Ridinger, Sprecher der Initiative und Vorstand des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, den Hintergrund der Initiative. Der Landtag beschäftige sich zur Zeit mit einer Novelle des Wohnraumfördergesetzes, ohne dass konkrete Ansätze zum Handeln sichtbar würden. So finde die Gesetzesdiskussion ohne gleichzeitige Diskussion des Fördervolumens, faktisch im „luftleeren Raum“ statt. Gleichzeitig werde zwar erkannt, dass auch der Mittelstand zunehmend Schwierigkeiten hat, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Antwort des Gesetzentwurfs der Landesregierung sei lediglich die Ermächtigung des zuständigen Ministeriums, die Einkommensgrenzen des Gesetzes für die Förderung im sozialen Wohnungsbau auf beschränkte Regionen anzupassen. „Das ist keine Antwort, sondern lediglich eine Verlagerung von Kompetenzen“, so Ridinger.

Wenn die Politik es ernst meine mit der Unterstützung des Baus von mehr Sozialwohnungen, dann müsse zumindest erst mal die Grundlage geschaffen werden, damit nicht noch weitere Sozialwohnungen „verloren gehen“. Im Jahr 2013 sei lediglich der Neubau von rund 350 Sozialwohnungen in Hessen gefördert worden – wie im Geschäftsbericht der WIBank nachzulesen. Das sei nur etwa ein Zehntel des pro Jahr zurückgehenden Bestandes an Sozialwohnungen. Dies zeige deutlich, dass ohne eine Anhebung des Fördervolumens mit einer Verbesserung der Konditionen mit einem weiteren Rückgang der Sozialwohnungen gerechnet werden müsse. Eine Verzehnfachung des Fördervolumens des Landes sei daher erforderlich, um zumindest das Niveau der Sozialwohnungen zu halten.

Frankfurt, 10. September 2014

Anhebung der Einkommensgrenzen um mindestens 20 Prozent

Wie drängend der Ausbau der Förderung sei, unterstrich Wolfgang Hessenauer, Vorsitzender Deutscher Mieterbund – Landesverband Hessen, anhand der Erfahrungen seines Verbandes in den Sprechstunden. „Zu uns kommen immer mehr Haushalte in die Beratung, die aus anderen Regionen Deutschlands stammen, um einen Arbeitsplatz anzutreten, aber schlichtweg keine bezahlbare Wohnung finden.“ Darunter seien viele Haushalte, die weit über den geltenden Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen. Er sieht sich dabei auch durch Meldungen von Industrie- und Handelskammern bestätigt, die darauf hinweisen, dass aufgrund von Wohnungsknappheit der Fachkräftemangel in den Zentren sogar noch vergrößert werde.

Für ihn völlig unverständlich sei, dass die Einkommensgrenzen in Hessen weit unterhalb den entsprechenden Werten in anderen westlichen Bundesländern liegen. Insbesondere für Städte wie Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden fordert er deshalb eine deutliche Anhebung der Einkommensgrenzen. Diese müssten um mindestens 20 Prozent steigen, um überhaupt eine Wirkung zu erzielen.

Stoppsignal bei energetischen Anforderungen

Wie schwierig die Realisierung von bezahlbarem Wohnraum ohne Förderung geworden sei, unterstrich Andreas Ostermann, Koordinator der Initiative und 2. Vorsitzender des BDB – Bund Deutscher Baumeister Frankfurt Rhein Main in Hessen. Die Baukosten seien in den letzten Jahren deutlich gestiegen, woran die Politik nicht ganz unschuldig sei. Er führt dabei die stete Verschärfung energetischer Anforderungen ins Feld, deren Wirtschaftlichkeit durch immer neue Untersuchungen zunehmend in Frage gestellt werden. Dabei sei nicht nur das erreichte Niveau der Vorgaben kritisch, auch die kontinuierliche Novellierung trage zu Preissteigerungen bei. Hier müsse ein klares Stoppsignal gesetzt werden.

Frankfurt, 10. September 2014

Auch werde immer mehr die Realisierung von barrierefreiem Wohnraum gefordert. In diesem Zusammenhang kann er über die bereitgestellten Fördergelder nur den Kopf schütteln. Der Bund habe gerade beschlossen, bundesweit hierfür zehn Mio. Euro für die Förderung zur Verfügung zu stellen. Das reiche nicht einmal zur Finanzierung von 100 Fahrstühlen, und das bundesweit. Er bewertet das Programm deshalb als „schlechten Witz“. Das habe keinerlei Marktwirkung. Nur eine deutlichere Aufstockung der Fördermittel bringt hier Ergebnisse.

Die Aktion **Impulse für den Wohnungsbau** wurde auf Initiative des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, des BBS Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden, des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes ZDB und der deutschen Mauerwerksindustrie (Deutsche Gesellschaft für Mauerwerksbau DGfM) ins Leben gerufen. Das Verbändenetzwerk wird inzwischen von einem breiten Bündnis der Immobilien- und Baubranche getragen. Dem Bündnis gehören der Deutsche Mieterbund DMB, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt IG BAU und 25 bundesweit tätige Verbände und Kammern der Immobilien- und Bauwirtschaft an. Die Aktivitäten werden durch die DGfM koordiniert. Ziel der Aktion ist es, die politischen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau so zu verbessern, dass genügend und geeigneter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

Zur Länderinitiative **Impulse für den Wohnungsbau – HESSEN** haben sich Mitte des Jahres mit Unterstützung der Bundesinitiative und koordiniert durch den BDB Frankfurt Rhein Main 12 führende Verbände und Institutionen der Bauwirtschaft sowie der Deutsche Mieterbund und die IG BAU zusammengeschlossen. Mittlerweile sind weitere Verbände dazugekommen. Sprecher der Länderinitiative ist Dr. Rudolf Ridinger vom Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft.

Alle Informationen über die Initiative 'Impulse für den Wohnungsbau - HESSEN' finden Sie unter www.impulse-wohnungsbau-HESSEN.de

Hinweis für die Redaktion

Für Rück- und Interviewanfragen steht Ihnen der Sprecher der Initiative 'Impulse für den Wohnungsbau – HESSEN', Dr. Rudolf Ridinger, zu Verfügung: Telefon: 069 / 97065 -400, E-Mail: info@impulse-wohnungsbau-HESSEN.de

Pressekontakt: Detlef Hans Franke, FuP Kommunikations-Management GmbH,
Tel.: 069 / 95 43 16 0, Mobil: 0171 / 41 42 811, Fax: 069 / 95 43 16 25, eMail: detlef.franke@fup-kommunikation.de

Pressemitteilung Impulse für den Wohnungsbau - HESSEN

Frankfurt, 10. September 2014



Architekten- und
Stadtplanerkammer Hessen

VEREINIGUNG
FREISCHAFFENDER
ARCHITEKTEN
DEUTSCHLANDS E.V.



BUND DEUTSCHER BAUMEISTER
ARCHITEKTEN UND INGENIEURE
FRANKFURT RHEIN MAIN E.V.



BDA
Bund Deutscher Architekten
BDA im Lande Hessen e.V.

VERBAND
BAUGEWERBLICHER
UNTERNEHMER
HESSEN E.V.



BAUINDUSTRIEVERBAND
HESSEN-THÜRINGEN e.V.



Deutscher Mieterbund
Landesverband Hessen



Verband Privater Bauherren e.V.



Deutsche Gesellschaft
für Mauerwerks-
und Wohnungsbau e.V.



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER
BAUSTOFF-FACHHANDEL E.V.



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt



Landesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen
Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.

Bundesverband
KALKSANDSTEIN
Industrie eV

